

AUSGABE VOM 27. MÄRZ 2015

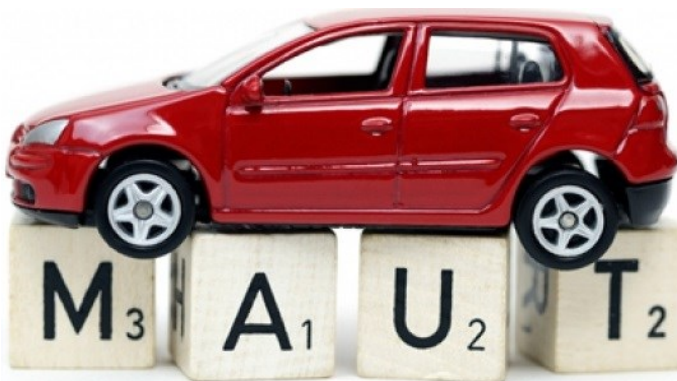
## Brückensanierung: NRW profitiert von Planungsbeschleunigung

Der Bundestag hat diese Woche ein Gesetz zur Beschleunigung der Planungsverfahren wichtiger Autobahnbrücken verabschiedet. Mit dem Beschluss wird das Bundesverwaltungsgericht zur ersten und zugleich letzten Instanz für Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse. Die Beschleunigung ist wegen der immensen Verkehrsbehinderungen notwendig, um einen Verkehrsinfarkt zu verhindern. Eine Komplettsperrung während der Reparatur ist deshalb ebenfalls ausgeschlossen.

Insgesamt stehen 2015 bis 2017 zusätzlich 400 Millionen Euro für Brückensanierungen bereit. Hiervon profitieren in der Region die Rheinbrücke der A 1 bei Leverkusen und die Rheinbrücke der A 40 bei Duisburg.

## Infrastrukturabgabe: PKW-Maut statt Kfz-Steuer ab 2016

Die Koalition hat es sich zur Aufgabe gemacht, mehr Geld in den Bau und den Erhalt unserer Straßen zu investieren. Mit der Infrastrukturabgabe, die der Bundestag am Freitag verabschiedet hat, kommen wir diesem Ziel einen großen Schritt näher. Künftig gilt stärker das Verursacherprinzip. Wer Straßen nutzt, der zahlt. Damit vollziehen wir einen echten Systemwechsel, denn die Maut tritt an die Stelle einer Zahlungspflicht aus der Kfz-Steuer in entsprechender Höhe. Mit der Abgabe werden künftig auch Autofahrer an der Finanzierung unserer Straßen beteiligt, deren Pkws nicht in Deutschland zugelassen sind. Deutsche Autofahrer werden entsprechend der Mautkosten bei der Kfz-Steuer entlastet. Unterm Strich gibt es somit keine Mehrbelastung.



Gerechtigkeit auf der Straße: Der Bundestag beschließt Pkw-Maut und Senkung der Kfz-Steuer (Foto: CDU/CSU)

Nach Abzug der Systemkosten bringt das 2 Milliarden Euro Mehreinnahmen in einer Legislaturperiode. Zudem werden jährlich 3,7 Milliarden Euro aus dem allgemeinen Haushalt des Finanzministeriums dauerhaft und zweckgebunden für die Finanzierung unserer Infrastruktur in den Haushalt des Verkehrsministeriums geleitet. Das ist ein Erfolg der Verkehrspolitik der Union.

## Ausdehnung der LKW-Maut

Mit der am Donnerstag beschlossenen Ausweitung der Maut für LKW wird die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur weiter gestärkt. Die Expansion der Nutzerfinanzierung ist notwendig, um die aktuellen Herausforderungen bei Erhalt- und Ausbau der Infrastruktur zu bewältigen. Ab Juli 2015 wird die Lkw-Maut auf weitere 1.100 km autobahnähnliche Bundesstraßen erhoben und ab Oktober 2015 gilt sie für Lkw ab 7,5 t zulässigem Gesamtgewicht. Die erwarteten Mehreinnahmen von ca. 380 Millionen Euro werden zweckgebunden in den Fernstraßenbau zurückfließen. Ab Mitte 2018 wird die Lkw-Maut auf alle deutschen Bundesstraßen erhoben.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



mit bewegenden Worten des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert haben wir im Bundestag den Opfern des Germanwings-Absturzes in Frankreich gedacht. Um 10.53 Uhr am Donnerstag hielt auch NRW inne. Im Kölner Dom und vor der Universität wurde den Opfern des Flugzeugabsturzes gedacht.

Wir trauern mit den Angehörigen und unser Beileid gilt den Familien und Freunden der Opfer, allein 64 davon stammen aus NRW. Darunter 16 Schülerinnen und Schüler mit ihren zwei Lehrerinnen. Selbst als ehemaliger Schulleiter kann ich nur ahnen, welche Wunde dort solch ein Ereignis auch für eine Schulgemeinschaft bedeutet!

Was wir jetzt über das Handeln des Kopiloten zu wissen glauben ist unfassbar! Was könnte einen jungen Mann dazu bringen, 149 andere Menschen mit sich in den Tod zu reißen?

Diese Tat entzieht sich unserem Wunsch zu verstehen. Sie hinterlässt Familien der Opfer in Trauer und Wut, und was müssen auch die Eltern des Kopiloten jetzt durchmachen. Worte spenden nicht immer Trost, aber man kann als Christ tun, was auch Krisenhelfer tun: dabei bleiben, zuhören, aushalten. Halten wir dieses schreckliche Ereignis zusammen aus – mit den Worten des Apostel Paulus: „Helft euch gegenseitig bei euren Schwierigkeiten und Problemen, so erfüllt ihr das Gesetz, das wir von Christus haben.“ Ich wünsche Ihnen einen besinnlichen Palmsonntag und grüße herzlich.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

## Verkehr & Energie: „Clean Power“ in der Diskussion

Mit der "Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe" will die EU die Errichtung besonderer Tankstellen vorantreiben, um die Abhängigkeit des Verkehrssektors vom Erdöl zu reduzieren und um den Schadstoffausstoß zu verringern. Die EU-Staaten müssen diese Richtlinie bis November 2016 umgesetzt haben. Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich das Forum für Zukunftsenergien in der Sitzung seines AK „Energie & Verkehr“ mit dem Aufbau der Infrastruktur für die Elektro- und Wasserstoffmobilität und die Fortsetzung der Steuererleichterungen für gasbetriebene Fahrzeuge.

In der Podiumsdiskussion betonte ich, dass die Bundesregierung die Entwicklung in Deutschland hin zu einer nachhaltigen Mobilität weiter vorantreiben wird. Der Aufbau solcher Infrastruktur ist jedoch keine reine Staatsaufgabe. Die Politik wird die Energiewende im Verkehr nur im Dialog und Zusammenspiel aller Akteure bewältigen können.



Brennstoffzelle: Früher im Baukasten, heute im Praxiseinsatz (Bild: privat)

## Lob für Baukulturbericht

Der Bauausschuss des Bundestages beriet im Rahmen eines Fachgesprächs diese Woche den Baukulturbericht 2014/15, den die Bundesstiftung Baukultur vorgelegt hat. Ein Großteil der heutigen Architektur empfinde die Bevölkerung als nicht attraktiv, betonte Stiftungschef Nagel. Bezugnehmend auf die 30 Handlungsempfehlungen im Bericht forderte er die Kommunen auf, die Bürger frühzeitig und stärker als bisher in die Planung einzubeziehen. Außerdem sollte die öffentliche Hand als Bauherr eine Vorbildfunktion bei baukulturellen Standards haben.

Einig war man sich im Ausschuss, Neubauten möglichst so zu gestalten, dass sie nachhaltig und ästhetisch sind, um die Akzeptanz von Bauten bei der Bevölkerung zu stärken. „Es geht auch in Köln nicht nur um die Quantität beim Bau neuer Wohnungen, sondern auch um die Qualität“, so MdB Möring.

## Verkehrsforschung: DLR informiert AG Verkehr



Der Vorstandschef des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) Professor Wörner (links) informierte die AG Verkehr der CDU/CSU-Fraktion über "Herausforderungen der intermodalen Transportkette". Auch die Lärmforschung im Luftverkehr und auf der Schiene war Teil der Diskussion. MdB Möring (rechts) sprach die Themen alternative Antriebe und Vernetzung sowie die Datennutzung der Verkehrsteilnehmer an. In Köln-Porz beschäftigt das DLR rund 1400 Mitarbeiter. (Bild: DLR)

## Altersgerechter Umbau im Blick

Der Bauausschuss hat sich erneut mit dem Thema Barrierefreiheit beschäftigt. Aufgrund der demografischen Entwicklung nimmt der Anteil älterer Menschen stetig zu, daher ist eine Verbesserung des Angebots altersgerechter Wohnungen erforderlich. Bislang haben der Bund und die Kreditanstalt für Wiederaufbau zusammen den Umbau von knapp 150.000 altersgerechten Wohnungen gefördert. Im ÖPNV haben die Aufgabenträger in den Ländern zu entscheiden, welche Maßnahmen zur Förderung der Barrierefreiheit notwendig sind. Um bis 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen, können Länder auch Regionalisierungs- und Entflechtungsmittel einsetzen.

## Bessere Leistungen für Kinder

Die Bundesregierung hebt Leistungen für Familien weiter an. Das Kindergeld steigt. Rückwirkend zum 1.1.2015 gibt es je 188 Euro für das erste und zweite Kind, 194 Euro für das dritte Kind und 219 Euro für jedes weitere Kind. Zum 1.1.2016 erfolgt eine weitere Anhebung. Der Kinderzuschlag erhöht sich ab dem 1.7.2016 um 20 Euro auf 160 Euro monatlich.

Der Kinderfreibetrag wird für das Jahr 2015 um 144 Euro auf 7.152 Euro erhöht. 2016 steigt der Freibetrag dann auf 7.248 Euro.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 07/2015  
27. März 2015

Herausgeber:  
Bundestagsbüro Karsten Möring  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-77611  
Email:  
karsten.moering@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P:  
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/  
Dr. Jürgen Reuter